

## **Für die Grossratswahlen nominiert**

**Die Berner Oberländer Sozialdemokraten haben an einer gut besuchten Parteiversammlung ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Grossratswahlen 2018 nominiert. Es gibt zwei volle Listen, eine Frauen- und eine Männerliste. Das Kandidatenfeld ist äusserst breit aufgestellt und alle sind motiviert, für ihre Anliegen einzutreten.**

Das Präsidium des Regionalverbandes ist stolz, dass sich so viele engagierte Mitglieder für eine Kandidatur bereit erklärten und bereit sind, einen engagierten Wahlkampf zu führen. Vom Hasli, über das Frutigland bis ins Saanenland sind fast alle Täler vertreten. Neben Mitgliedern mit langjähriger beruflicher und politischer Erfahrung hat es erfreulich viele Junge, welche bereit sind sich politisch zu engagieren. Auch das Spektrum der Berufe und Anliegen ist vielfältig. So hat es Vertreterinnen und Vertreter aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur, Soziales und es hat „Studierte“ und Arbeiter bis hin zu einer Bergbäuerin. Entsprechend sind auch die Anliegen unterschiedlich geprägt.

Gemeinsam stehen aber alle für die Schwächeren in unserer Gesellschaft ein. Alle treten an gegen Ungerechtigkeiten, für Chancengleichheit für alle und für eine intakte Natur. Entsprechend kommen die geplanten Sparmassnahmen, welche der Grossrat im November beraten wird, gar nicht gut an. Die SP-Vertreterinnen und –Vertreter sind nicht bereit, Sparmassnahmen auf dem Buckel der Schwächsten zugunsten von Steuersenkungen für die Reichsten zu unterstützen. Auch in der SP verschliesst sich niemand einem sparsamen Umgang mit den öffentlichen Finanzen. Wenn zum Beispiel die Verwaltung, nicht zuletzt dank der Digitalisierung, effizienter arbeiten kann, so begrüsst das die SP. Aber Leistungsabbau zu Lasten der sozial Schwächeren und zu Lasten der Menschen in entlegeneren Regionen, wie dem Oberland, das geht gar nicht.

So stösst auch die geplante Revision des Sozialhilfegesetzes, welche von der Grossratspräsidentin Ursula Zybach erläutert wurde, auf kein Verständnis. Die Anwesenden zeigten sich entrüstet, wie hier in unserem reichen Land die Unterstützung für die Schwächsten abgebaut werden soll, so dass sie gar keine Möglichkeiten mehr haben am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

In einem kurzen Referat zeigte Regierungsrat Christoph Ammann die zukünftigen Herausforderungen in der Arbeitswelt auf. Damit die Digitalisierung und der rasche Wandel in der Berufswelt nicht für Viele in die Arbeitslosigkeit führen, ist die Politik gefordert. Somit wird klar, dass es in Zukunft zusätzliche finanzielle Mittel für Bildung und Weiterbildung braucht.

Für den Bericht:

Emil von Allmen